Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Arbeit, Wissen, Leben", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.56 M., zuzüglich 45 Pf. Bestellgeld. Postbezug 1.56 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25311. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25311 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 34 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnieder. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 242 | Dresden, Freitag, den 16. Oktober 1931 | 42. Jahrgang

Dingeldey gegen Brüning

Um was es geht

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Noch ist der Ausgang der Abstimmung über das Schicksal des Kabinetts Brüning ungewiß. Völlig klar aber ist das Ziel, das die Reaktion durch seinen Sturz erstrebt. Hatte schon die Debatte des ersten Tages Klarheit über die politischen Absichten der Harzburger Front gebracht, so ist sie am zweiten Tage durch Herrn Dingeldey, dem Führer der Deutschen Volkspartei, noch verstärkt worden. Die Regierung Brüning hat eine mittlere Linie verfolgt. Sie hat den Forderungen der Unternehmer weitgehend bedingungslos Folge geleistet, sie befindet sich in immer stärkerer Abhängigkeit von der Sozialdemokratie. So argumentierte Dingeldey, um zu der Schlußfolgerung zu kommen, die nationale Regierung der Rechten müsse wieder ernsthaft ans Ruder gebracht werden.

Wichtig ist vor allen Dingen ein Punkt, über den Herr Dingeldey nichts gesagt hat. Alle Redner vor ihm und nach ihm haben über Inflation gesprochen und entweder feierlich und heilig beteuert, es dürfe keine neue Inflation geben, oder versichert, sie kämpften gegen eine neue Inflation. Das Schweigen des Herrn Dingeldey ist das stillschweigende Eingeständnis, daß die Gerüchte der letzten Zeit, die Schwerindustrie habe von der Deutschen Volkspartei den Sturz des Kabinetts Brüning verlangt, weil es sich den Absichten auf Erschütterung der Währung entgegenstelle, berechtigt sind.

Enteignung der Sparer, Abwälzung der Steuern, Konfiskation der Löhne und Gehälter, das sollen die Meilensteine auf dem Wege zur Herrschaft der Schwerindustrie und der Großagrarier sein.

Offener war Herr Dingeldey, als er die einzelnen politischen Handlungen der Regierung Brüning kritisierte. Bitter beklagte er sich darüber, daß die Regierung dauernd vor den politischen Hemmungen zurückwich, die die Sozialdemokratie aufgerichtet habe. Er klagte die Regierung an, daß sie unter dem Druck der Sozialdemokratie die Juni-Notverordnung bezüglich des Tarifrechts der Gemeindearbeiter und der ursprünglich beabsichtigten Lohnsenkung nicht durchgeführt habe, daß sie die beabsichtigte Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ebenfalls unter dem Druck der Sozialdemokratie nicht durchgeführt hätte. Jedesmal, wenn ein Abweichen von dem Programm der Regierung festzustellen war, sei es unter dem politischen Einfluß der Sozialdemokratie erfolgt.

Wir können Herrn Dingeldey zwar nicht zugeben, daß seine Anklagen in vollem Umfange berechtigt sind. Zu zahlreich sind die Maßnahmen, die die Regierung einseitig, unrecht gegen die breiten Massen der Bevölkerung durchgeführt hat. Nur in einem hat Herr Dingeldey recht: die Sozialdemokratie war und ist wachsam bei der Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse gewesen. Sie hat manche Maßnahme der Reichsregierung beeinflußt. Sie hat vieles verhindert, was die Lage der unteren Volksschichten verhängnisvoll verschlechtert hätte, und wenn sie auch nicht alles hat abwehren können, so hat sie doch manches abgeschwächt.

Den Kernpunkt der Anklage Dingeldeys gegen Brüning aber bildete sein angebliches Versagen in der Lohnfrage. Bitter beschwerte er sich, daß das tüchtige und unternehmungslustige und nur auf das Wohl des Volkes bedachte Unternehmertum durch staatssozialistische Einflüsse in Fesseln geschlagen worden sei.

Freiheit der Lohngestaltung, Beseitigung des Tarifrechts seien die wichtigsten Voraussetzungen, um das deutsche Wirtschaftsleben wieder hoch zu bringen.

Aber selbst Herrn Dingeldey, diesem kleinen Nachfolger eines großen Vorgängers, schien doch bewußt zu sein, daß in einem Volk, das zu neunzig Prozent aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, die nur durch den Schutz ihrer wirtschaftlichen Vereinigungen sich eine ausreichende Lebenshaltung sichern können, die schrankenlose Freiheit des kapitalistischen Unternehmertums und die sklavische Abhängigkeit der besitzlosen Volksschichten keine zündende Parole für eine politische Partei darstellen. Und so mußte Herr Dingeldey erst durch Zwischenrufe gezwungen werden, diesen positiven Bestandteil seines Programms offen zu verkünden, den er viel lieber im tiefsten Innern seines Herzens verborgen hätte.

So ist der Sinn der Entscheidung, die am Freitag fallen wird, völlig klar.

Genosse Aufhäuser stellte dieser kapitalistischen Proklamation den Willen zur Einheitsfront des Arbeitsvolkes gegenüber. Die von Hugenberg geführte, von Dingeldey begrüßte und von den Nationalsozialisten begeistert unterstützte nationale Front ist nichts anderes als der alte Scharfmacherkampf gegen die gewerkschaftliche Selbstbestimmung der Arbeiter. Darum hat sich der deutschnationale Angestelltenführer Lambach von Hugenberg getrennt. Deshalb stimmte jetzt der Angestelltenführer Thiel gegen Dingeldey.

Nur die nationalistischen Arbeitnehmer haben noch nicht begriffen, worum es geht.

Die kapitalistische Krise ruft nach gemeinwirtschaftlichen Lösungen. Der Sozialismus steht auf der Tagesordnung. Der Volksstaat gibt den Massen die Möglichkeit zur organisierten Kraftentfaltung. Deshalb soll er durch den Sturz des letzten parlamentarisch gebundenen Kabinetts zerstört werden. Aufhäuser schloß: „Den Volksstaat verteidigen wir. Wer uns angreift, den schlagen wir." Die Kommunisten, als Platzhalter der abwesenden Nationalsozialisten, tobten wie besessen. Ach, sie sind so artig, wenn Frick oder Dingeldey, wenn Obersohren oder Döbrich sprechen. Nur wenn ein Sozialdemokrat redet, geifern und schimpfen sie.

Sprengstoffanschlag auf das Kasseler Volksblatt

wtb. Kassel, 16. Oktober. Gegen die Geschäftsräume des sozialdemokratischen Volksblattes wurde heute gegen 3 Uhr morgens von unbekannten Tätern ein Sprengstoffanschlag verübt. Nach den bisherigen Feststellungen ist eine mit Sprengstoff und Eisenteilen gefüllte Zigarrenkiste, die mit Bindfaden umwickelt war, durch das Eisengitter vor die Ladentür gestellt und mit einer Zündschnur zur Explosion gebracht worden. Die Entladung durchschlug die Mauer unterhalb des Schaufensters und zertrümmerte die Ladentürscheibe sowie die beiden Seitenscheiben. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist nicht erheblich. Der Polizeipräsident begab sich sofort zum Tatort. Interessant ist, daß heute früh bei der Redaktion des Kasseler Volksblattes ein Drohbrief einlangte, in dem ein anonymer Schreiber den Anschlag voraussagte. Es heißt darin, man werde dem Volksblatt, wenn es nicht mit den Lügen und Verhetzungen gegen die NPD. aufhöre, einen Sprengkörper „in den Bauch schießen". Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich andere politische Gegner die Maske des Kommunismus zulegen und unter dieser Maske das Attentat verübt haben.

Die polizeilichen Ermittlungen wurden noch in der Nacht aufgenommen und sind noch nicht beendet.

Die Inflationsfront.

„Zunächst müssen wir unser Ziel noch etwas vernebeln."

Die verfolgte Unschuld

Wer hat die europäischen Katastrophen vorausgesagt?!

Die Erklärung Fricks als Antwort der Nazifraktion auf die Kanzlerrede hat Hitler als völlig ungenügend angesehen. Er veröffentlicht deshalb in rund 1600 Zeilen des Völkischen Beobachters eine persönliche Antwort an Brüning, die in geradezu erschreckender Weise den maßlosen Größenwahn und die geistige Minderwertigkeit dieses Menschen enthüllt.

Zuerst beklagt sich Hitler, daß man ihn und seine Bewegung von der Regierungsverantwortung ausschaltet, trotzdem er der einzige Mann in Deutschland sei, der alles Unheil vorausgesehen habe. Ebenso widerlich wie unwahr ist dann seine Klage, daß er zwölf Jahre lang in der verachteten und unterdrückten Stellung einer durch das Gewissen diktierten Opposition zubringen mußte, weil die nationalsozialistische Bewegung in dieser Zeit vor aller Oeffentlichkeit verfemt und geschlagen den furchtbarsten Verfolgungen ausgesetzt gewesen sei.

Gut gejammert, möche man sprechen. Mit einem Male wollen die Nazis darüber hinwegtäuschen, daß sie seit mehr als zehn Jahren die deutsche Oeffentlichkeit mit Terror und Gewaltpolitik bedrohen. Mit einem Male will Hitler die verfolgte Unschuld spielen. Reden wir nicht weiter von dem Theater. Aber was seine Prophezeiungen anlangt, so ist dazu einiges zu sagen:

Auch in Naziversammlungen kann man immer wieder der Phrase begegnen, man habe die jetzige Not des Volkes vorausgesehen und vorausgesagt. Das ist sehr billig, denn jeder kann nach den Erfahrungen, die über die Entwicklung des Kapitalismus der letzten dreißig Jahre vorliegen, immer wieder voraussagen, daß die kapitalistische Unordnung von Krise zu Krise taumeln muß. Die Nazis haben sich mit ihren „Prophezeiungen" einfach wieder einmal an den „Marxismus" angelehnt. **Seit mehr als vier Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie dieser kapitalistischen Gesellschaft allerhand Katastrophen prophezeit.** Die Sozialdemokratie hat den Weltkrieg als eine Folge des Wettrüstens vorausprophezeit, die Sozialdemokratie hat während des Krieges für den Verständigungsfrieden gekämpft, weil sie den Zusammenbruch auf den Schlachtfeldern voraussah. Schon Bebel hat **vorausgesagt: Wenn die europäischen Völker sich in einem** Weltkrieg zerfleischen, würde die Folge davon das völlige Versinken Europas in Barbarei sein. Nun, man braucht sich nur einmal die Verrohung des öffentlichen Lebens durch die Nazi- und Kozipolitik anzusehen, man muß sich die blutrünstigen Predigten der Nazipastoren betrachten, man muß die Barbarei in Diktaturländern wie Italien, Ungarn, Polen betrachten, um zu erkennen, wie recht die Sozialdemokratie schon vor dreißig Jahren prophezeit hat.

Die Weltkrise setzt diesen Uebeln die Krone auf und läßt die Gefahr der faschistischen Barbarei in ganz Europa noch drohender werden. Aber prophezeit wurde diese Entwicklung von den Sozialdemokraten nicht erst seit heute und gestern. Und wenn sich die Nazis auch in diesem Punkte mit unseren Federn schmücken wollen, so entspricht das nur derselben Frechheit, mit der sie sich scheinheilig und verlogen das sozialistische Aushängeschild vorgebunden haben.

Und nun die andere Lüge:

Nachdem Hitler sich in der üblichen größenwahnsinnigen Weise an Friedrich dem Großen und Bismarck gemessen hat, wiederholt er in seinem Blatt die Behauptung, die NSDAP. verkörpere heute die Mehrheit der deutschen Nation und bilde auch ziffernmäßig die stärkste politische Organisation, die Deutschland je besessen habe. Die geheim geführte Mitgliederstatistik der Nationalsozialistischen Partei, aus der von Zeit zu Zeit den Funktionären Auszüge, und zwar sicherlich nicht in ungenügender Zusammenstellung, mitgeteilt werden, ergibt, daß die Mitgliederzahl am 31. Juli d. J. 442 957 betrug, also noch nicht einmal die Hälfte der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Die Mitgliederliste der Hakenkreuzpartei umfaßt 37 Gaue, darunter auch Oesterreich, das mit 20 350 Mitgliedern angegeben ist. Das sind nicht einmal 5 Prozent des Mitgliederbestandes der Wiener Sozialdemokratie. Aber selbst der Völkische Beobachter hat die Behauptung seines Führers Lügen gestraft, denn nach seiner Veröffentlichung hat die Aufnahmeabteilung im Braunen Haus vor wenigen Tagen den 600 000sten Nationalsozialisten registriert. Mit diesen Zahlen sind die Lügen des Führers der „nationalen Opposition" **wohl genügend gebrandmarkt.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19311016/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG